

## **Erklärung des Willy-Brandt-Kreises**

### **zur Ankündigung von U.S. Präsident Trump zur geplanten Beendigung des INF-Vertrages**

Es muss verhindert werden, dass ein Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur demonstriert wird! In Stellungnahmen vom 22. Januar 2018 und vom 5. Mai 2018 hatte der Willy-Brandt-Kreis vor einem neuen nuklearen Wettrüsten und einem Zusammenbruch des europäischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsrahmens gewarnt. Nun hat US Präsident Trump am 21. Oktober angekündigt, den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) einseitig „zu beenden“.

Der bahnbrechende INF-Vertrag von 1987 verbietet die Entwicklung, das Testen und die Herstellung von landgestützten Marschflugkörpern und ballistischen Raketen zwischen 500 und 5500 km Reichweite. Das Abkommen haben die USA und Russland lange überprüfbar eingehalten. Der Vertrag hat die nukleare Gefahr in Europa dramatisch verringert und das Ende eines gefährlichen und teuren Wettrüstens zwischen den damaligen Supermächten eingeleitet. Ca. 2700 atombestückte INF Systeme wurden komplett verschrottet und damit Frieden und Sicherheit in Europa gestärkt.

Die einseitigen Vorwürfe der Verletzung des INF-Vertrages dürfen nicht zu einer Wiederaufnahme des Wettrüstens von neuen Atomwaffen in Europa führen. Lösungen für die INF-Krise sind seit Jahres ausgearbeitet und diskutiert, aber angesichts der tiefen Vertrauenskrise zwischen Russland und dem Westen nicht umgesetzt worden.

Deutschland muss im Interesse der europäischen Sicherheit in dieser Frage aktiv werden:

Die Bundesregierung sollte die europäischen NATO-Partner auffordern zu erklären, dass sie den INF-Vertrag als zentralen Pfeiler der europäischen Sicherheit erhalten wollen und eine Neustationierung von Nuklearwaffen und neuer Trägersysteme in Europa nicht in Frage kommt.

Eine Stationierung von Nuklearwaffen auf deutschem Boden lehnen wir entschieden ab.

Als künftiges nicht ständiges UN Sicherheitsratsmitglied sollte Deutschland die Krise der weltweiten nuklearen Abrüstung wieder auf die Tagesordnung des UN Sicherheitsrates und der UN setzen und ein Sondertreffen zum Stand von nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung initiieren. Das ist auch im Hinblick auf die wichtige NVV-Überprüfungskonferenz 2020 und den neuen humanitären Verbotsvertrag für Nuklearwaffen wichtig.

Die Europäer müssen alles tun um ein gefährliches, neues nukleares Wettrüsten zu verhindern! Es muss immer Raum für Dialog und diplomatische Lösungen in der so vitalen Frage der Sicherheit in Europa geben.

Berlin, 24. Oktober 2018

Für den Willy-Brandt-Kreis

Heidemarie Wiczorek Zeul, Prof. Dr. Peter Brandt, Daniela Dahn, Dr. Rainer Land, Dr. Hans Misselwitz  
Dr. Irina Mohr